

WEITBLICK



ZEITUNG FÜR EINE GLOBAL GERECHTE UND ZUKUNFTSFÄHIGE POLITIK

3/2014
INTERNATIONALE
KLIMAPOLITIK

Energierevolution in China.
Seite 2

Wir müssen – und können –
an die Kohle ran. Seite 3

Globale Entwicklungsziele
für alle. Seite 4

EDITORIAL



Klaus Milke
Vorstandsvorsitzender
von Germanwatch

Liebe Leserin, lieber Leser,

auch in Deutschland gilt es nun, den Einstieg in den Ausstieg aus der Kohle zu finden. Denn sonst kippt das deutsche Klimaziel von 40 Prozent weniger Treibhausgasen bis 2020 und die Energiewende gerät weltweit in Misskredit. Ein früherer Einstieg gibt uns Zeit, um die Kohlewende auch sozialverträglich gestalten zu können. Dies ist die Quintessenz des Symposiums „Klimawandel für die Kohle“ von Stadt Bonn, Stiftung Zukunftsfähigkeit und Germanwatch am 13. November. Es bekräftigt, was die Ethikkommission zur Energiewende 2011 bereits zeigte: ein solcher Prozess muss ein Gemeinschaftswerk sein.

Bundeskanzlerin Merkel und Vizekanzler Gabriel legten gemeinsam das deutsche Klimaziel fest. Erreichen lässt es sich nur, wenn die ältesten und schmutzigsten Kohlekraftwerke bis 2020 vom Netz gehen. Der Weltklimarat IPCC hat wissenschaftlich Klartext gesprochen. China, die USA und die Weltbank versuchen nun ernsthaft umzusteuern. Aber in Deutschland nutzen wir mehr Kohlestrom als vor einigen Jahren, während brandneue Gaskraftwerke stillstehen. Diesen Skandal gilt es zu beenden. Im notwendigen Verständigungsprozess mit relevanten Unternehmen, Gewerkschaften und Zivilgesellschaft für einen sozialverträglichen Kohleausstieg setzt sich Germanwatch als Brückenbauer mit klarem Kompass ein.

In diesem Sinne ermutigende Grüße

Ihr Klaus Milke

Warum ich Germanwatch wichtig finde



Sabine Nallinger
Vorständin der Unternehmer-
initiative Stiftung 2°

Die Stiftung 2° – Deutsche Unternehmer für den Klimaschutz – engagiert sich gemeinsam mit Germanwatch für eine zukunftsorientierte Klimapolitik. Dazu setzen wir auf ambitionierte Klimaziele und strategisches Denken, ergänzt durch politisches Fingerspitzengefühl und Verständnis für die Perspektive von Unternehmern. Uns eint die Überzeugung, dass Klimaschutz keine Fessel ist, sondern vielmehr eine Chance – für gleichwertige Lebensverhältnisse auf der ganzen Welt und Motor für Innovationen. Ich freue mich auf die kommenden Projekte.

Auf der Zielgeraden für ein internationales Klimaabkommen: das Zwei-Grad-Limit im Blick

2015 zum Wendejahr der internationalen Klimapolitik machen

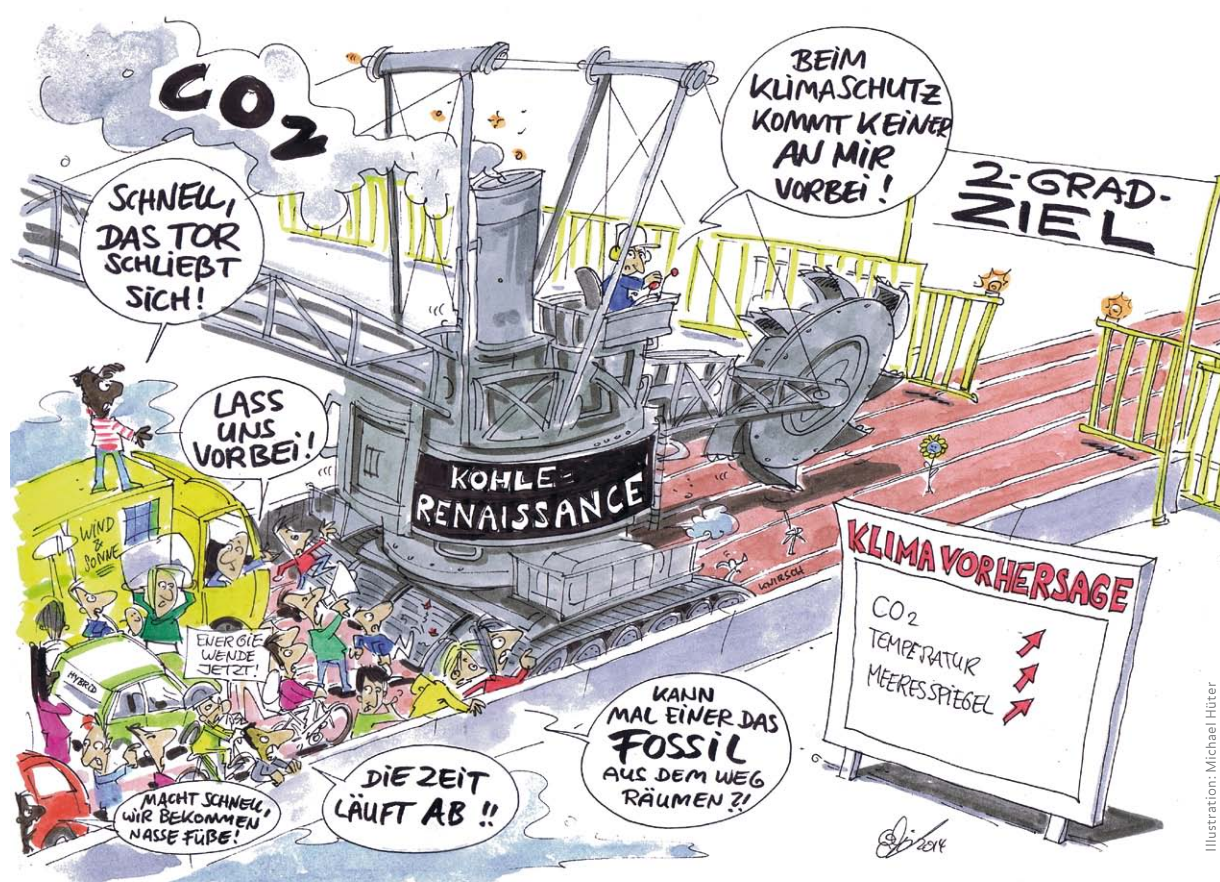
Mit dem Klimagipfel in Lima vom 1. bis 10. Dezember 2014 beginnt der Endspurt: Nur noch ein Jahr bleibt, um ein verbindliches Klimaabkommen Ende 2015 in Paris vorzubereiten. Die Ausgangslage für die Pariser Klimakonferenz unterscheidet sich sehr vom Kopenhagener Gipfel, wo es im Jahr 2009 nicht gelang, ein internationales Klimaregime zu schaffen.

Zum einen ist inzwischen der klimawissenschaftliche Handlungsdruck weiter gestiegen. Dies zeigt nicht nur der neue Bericht des Weltklimarats IPCC. Das beschleunigte Rutschen großer Teile des Eispanzers in der West-Antarktis zeugt davon, dass ein erster globaler Kipppunkt durch den Klimawandel im Erdsystem schon gerissen sein könnte. Zum anderen sind die Kosten Erneuerbarer Energien weltweit weit schneller gesunken, als 2009 vermutet. Außerdem gelten Argumente für die Unersetzlichkeit fossiler Energieträger, die vor fünf Jahren noch sakrosankt waren, zunehmend als widerlegt. So sind anders als bisher angenommen Gesundheitsprobleme durch Kohle weit größer, und steigende Kohleimporte in China, Indien oder Polen demonstrieren, dass die Rolle für die Energiesicherheit geringer einzuschätzen ist.

Im Frühjahr 2015 sollen die einzelnen Staaten auf den Tisch legen, welche Ziele sie für sich bis 2025 oder 2030 im jeweiligen nationalen Kontext für möglich halten. Damit dies nicht in völliger Beliebigkeit endet, soll in Paris ein verbindlicher Rahmen vereinbart werden, der Vergleichbarkeit, gegenseitige Anerkennung und regelmäßige Überprüfung sicherstellt. Damit würden Nachbesserungen ermöglicht, die dringend erforderlich sind, um die globale Erwärmung auf deutlich unter zwei Grad zu begrenzen. Denn das, was sich bisher – nach den jüngsten Ankündigungen aus China, den USA und der EU – als Handlungsbereitschaft abzeichnet, könnte uns zwar weg von dem dramatischen Kurs auf eine Vier-Grad-Welt bis Ende des Jahrhunderts bringen, vielleicht auf einen Drei-Grad-Pfad. Aber auch das birgt völlig inakzeptable Risiken für große Teile der Menschheit und viele Ökosysteme. Ein wichtiger Bestandteil des Pariser Abkommens sollte deshalb ein Mechanismus sein, um regelmäßig – auch vor 2030 – die Ziele zu erhöhen.

Erwartungen an Lima

Drei zentrale Aufgaben hat der Klimagipfel in Lima. Erstens sollen die Regeln festgelegt werden für die „angestrebten nationalen Verpflichtungen“, die alle Staaten im Frühjahr 2015 als ihr Angebot für Klimaziele auf den Tisch legen sollen: Gelingt es, anders als in Kopenhagen, diese nach vergleichbaren Regeln vorzulegen? Geht es dabei nur um Klimaschutz oder auch um Anpassung und Klimafinanzierung? Wird schon vor Paris überprüft, ob die Ziele unter Berücksichtigung von wissenschaftlichen und Gerechtigkeitskriterien ausreichend ambitioniert sind?



Zweitens sollen in Lima alle Karten für Paris auf den Tisch kommen. Länderdelegierte müssen eine konsolidierte Entwurfsversion des Vertragstextes von Paris aufstellen – mit Verhandlungsoptionen, die in 2015 weiter zu verhandeln sind.

Drittens soll in Lima vereinbart werden, wie sich auch vor 2020 zusätzlicher Klimaschutz organisieren lässt. Ausreichende Klimafinanzierung spielt dabei eine wichtige Rolle, genauso wie Vorreiterallianzen (siehe Artikel Seite 4).

Nationale Geschwindigkeiten

Bei den letzten UN-Klimaverhandlungen lag das entscheidende Hindernis für weitergehende Einigungen letztlich nie auf der Ebene der technischen Verhandlungen. Vielmehr fehlte in vielen Hauptstädten – von Washington bis Peking, von Warschau bis Moskau – der politische Wille. Keiner wollte sich in der jetzigen Umbruchzeit bereits gegen die fossilen Industrien und auf die Seite der Vorreiter eines klimafreundlichen Umbaus der Wirtschaft stellen, auf die Seite der Zivilgesellschaft und der besonders Verletzlichen. Die sich abzeichnende neue Klimaarchitektur von Paris trägt dem Rechnung – allerdings mit dem hohen Risiko, dass ein ausreichend ambitioniertes und faires Ziel außer Reichweite gerät.

Von den beiden größten CO₂-Emittenten kamen nun eher positive Signale: In den USA geht die Ankündigung von Präsident Obama bis an die Grenze dessen, was ihm als Spielraum auch ohne Beteiligung des Kongresses verbleibt, um den Treibhausgasausstoß von Verkehr, Kohlekraftwerken und fluorierten Gasen zu regulieren. Noch faszinierender ist, in welchem Ausmaß China beginnt, den schwerfälligen Tanker umzusteuern: Kein Land baut so viel Erneuerbare Energien (allerdings auch Kernkraft) zu. Die Nutzung von Kohle wird in immer mehr Regionen eingeschränkt, und jetzt will das Land sich sogar international dazu verpflichten,

den Höhepunkt seiner Emissionen spätestens 2030 zu erreichen.

Den politischen Moment nutzen: Die Rolle der EU und Deutschlands in 2015

Die EU hat Ende Oktober ihre Klimaziele bis 2020 angekündigt: „mindestens 40 Prozent“. Wenn die großen Wettbewerber auch ambitionierte Klimaziele vorlegen, werde man das Ziel im Kontext des Pariser Abkommens verstärken, so der Beschluss des EU-Gipfels. Nach den Ankündigungen der USA und Chinas gilt es, diesen Nachbesserungsprozess sowie eine Reform des EU-Emissionshandels sofort in Angriff zu nehmen.

Deutschlands aktuelle G7-Präsidentschaft bietet eine weitere wichtige Chance, internationale Akzente zu setzen. So könnte Kanzlerin Merkel beim G7-Gipfel im Juni kommenden Jahres die politische Unterstützung aller großen Industrieländer für ein erfolgreiches Klimaabkommen einfordern. Gleichzeitig kann die Bundesregierung klimapolitische Aktionen international vorantreiben, zum Beispiel eine Initiative zur Finanzierung von Erneuerbaren Energien in Entwicklungsländern oder Maßnahmen, um vom Klimawandel Betroffenen durch eine Klimarisikoversicherung zu helfen.

Ob Deutschland den Plan zur Umsetzung seines Klimaziels für 2020 mit Substanz oder heißer Luft füllt – am 3. Dezember steht die Entscheidung im Kabinett an. Denn die einst von Bundeskanzlerin Merkel und Bundeswirtschaftsminister Gabriel angekündigten und im Koalitionsvertrag verankerten „minus 40 Prozent CO₂-Ausstoß bis 2020 in Deutschland gegenüber 1990“ sind nur erreichbar, wenn die Regierung die heißen Eisen Kohle und Energieeffizienz beherzt anpackt.

Sönke Kreft, Christoph Bals & Lutz Weischer

Quantensprung in Sicht?

Erneuerbare Energien entwickeln neue Dynamik in Schwellenländern

Deutschland und China haben gemeinsam die weltweiten Kosten für Erneuerbare Energien dramatisch gedrückt. Deutschland hat durch die für 20 Jahre garantierten Einspeisepreise lange stabile Investitionsbedingungen geboten. Chinas Massenproduktion wiederum hat die Kosten massiv gesenkt. Seit 2008 fiel der Preis für Photovoltaik um 80 Prozent. Damit ist das EEG einer von Deutschlands bedeutsamsten Beiträgen zur Entwicklungszusammenarbeit. Es hat ausschlaggebend dazu beigetragen, nachhaltige Energie weltweit bezahlbar zu machen. Zugleich erwies sich das EEG als Exportschlager: Etwa 70 Länder haben – mit nationalen Anpassungen – das Konzept verlässlicher Einspeisevergütung zur Förderung Erneuerbarer Energien übernommen. Der Weltklimarat IPCC mahnt, dass der Ausstieg aus der Kohle bis Mitte des Jahrhunderts weltweit weitgehend gelungen sein müsse, um einen gefährlichen Klimawandel mit mehr als zwei Grad Celsius globalem Temperaturanstieg zu vermeiden. Die Weltbank und führende Entwicklungsbanken schränken ihre Kohlefinanzierung bereits drastisch ein.

Lange galten kohleintensive Schwellenländer wie China und Indien als hoffnungslose Fälle für den Klimaschutz. Doch inzwischen sieht das anders aus. China ist längst der größte Investor in Erneuerbare Energien – und investiert hierfür inzwischen weit größere Summen als in fossile Kraftwerke. Jetzt beginnt das Land auch mit

einer harten Begrenzung der Kohle ernst zu machen. Selbst das wesentlich ärmere Indien unterstützt mit neuer Ernsthaftigkeit Erneuerbare Energien – allerdings wird bislang überwiegend auf die Versorgung des ländlichen Raums durch Erneuerbare fokussiert. Bislang setzt die indische Regierung noch massiv auf Zuwachs von Kohle für Industrie und Großstädte. Der Traum, durch die eigene Kohle die Energiesicherheit kostengünstig zu garantieren, ist allerdings platzt. Indien muss bereits etwa die Hälfte der Kohle importieren.

Die Gesamtkosten der Erneuerbaren Energien sind jetzt nicht mehr das große Problem. Allerdings fallen die zunächst recht hohen Investitionskosten für Erneuerbare gleich zu Beginn an – und Zinsen sind in Entwicklungsländern weit höher als hierzulande. Das ist eine der weiterhin bestehenden Herausforderungen. Außerdem liegt anders als bei uns der Höhepunkt der Stromnachfrage oft am Abend, wo keine Sonne scheint – und Speicher sind noch teuer. Auch ist die Hürde zu intelligenten Stromnetzen noch zu nehmen. Der im nächsten Jahr in Deutschland ausgerichtete G7-Gipfel bietet eine große Chance, für solche Situationen intelligente Förderstrukturen auf den Weg zu bringen, um sicheren Energiezugang mit Klimaschutz zu verbinden.

Rixa Schwarz & Christoph Bals

Energierevolution in China

Aktuelle klimapolitische Entscheidungen lassen hoffen

China zahlt einen hohen Preis für sein hohes Wirtschaftswachstum der letzten Dekaden. Das Land ist in absoluten Zahlen inzwischen bei weitem der größte CO₂-Emittent weltweit. Zugleich vernebeln in den meisten Großstädten gewaltige Smogwolken regelmäßig die Sicht und nehmen auch der neuen Mittelklasse die Luft zum Atmen.



Smog in Peking – einer der Gründe, weshalb China die Kohlenutzung einschränkt.

Zugleich hat sich – gerade als Reaktion auf diese Probleme – in keinem anderen der großen Länder dieser Welt in den letzten Jahren so viel Positives in Bezug auf Klima und Kohle getan wie in China. Seit Jahren ist China mit Abstand der größte Investor in Erneuerbare Energien. So wurden alleine im Jahr 2013 zusätzlich 12 Gigawatt (GW) an Solarstrom installiert. Dem ambitionierten Ziel, die Windkraftkapazität bis 2015 auf 100 GW auszubauen, ist China mit 92 GW bereits sehr nahe. Im Jahr 2013 wurden 16 GW Windkraft in China installiert, was über der Hälfte der weltweit neu installierten Leistung entsprach.

Im März dieses Jahres drängte Premierminister Li Keqiang auf weitere Beschleunigung und

erklärte den „Krieg gegen Luftverschmutzung“, und Präsident Xi drängte auf eine „Energie-revolution“. Vor wenigen Wochen hat die nationale Entwicklungs- und Reformkommission ihr Ziel für den Ausbau des Solarstroms auf 100 GW und für Wind auf 200 GW im Jahr 2020 deutlich hochgeschraubt. Die politischen Entscheidungsträger in der EU könnten vor Neid erblinden angesichts solcher Wachstumszahlen.

Kohle verliert an Boden

Die überraschendste Entwicklung aber ist, dass die Absatzbewegung von der Kohle in China an Dynamik gewinnt. In den ersten drei Quartalen haben sowohl die Produktion als auch die Verbrennung von Kohle um ein Prozent gegenüber dem Vorjahr abgenommen. Und das, nachdem sich das Wachstum der Kohlenutzung bereits drei Jahre lang verringert hatte. Inzwischen hat schon fast ein Drittel der Provinzen Chinas Kohle-Begrenzungsziele bis 2017 beschlossen. Derzeit wird – und das wäre eine Sensation – intensiv an einem umfassenden Fahrplan gearbeitet, um auch ein China-weites Kohlebegrenzungsziel zu verabschieden, wonach ein Höhepunkt der Kohlenutzung bis 2020 erreicht werden könnte. Bereits verabschiedet wurden gerade auch erstmals Klimaschutzziele für die Stahl- und Zementproduzenten, die ihre CO₂-Emissionen bis 2020 auf das Niveau von 2015 reduzieren sollen.

Keine Frage: nicht alles ist Gold in der chinesischen Energie- und Klimapolitik. Der Energieverbrauch ist in den letzten Jahren schneller gewachsen als geplant. China baut nicht nur Erneuerbare Energien rasend schnell aus, sondern plant auch 100 neue Kernkraftwerke und investiert aus Angst vor knapp werdendem Öl in die höchst problematische Kohlevergasung. Aber auf der anderen Seite gibt es viele Fortschritte, von denen man vor fünf Jahren kaum zu träumen wagte – und eine deutlich größere Pro-Klimaschutz-Dynamik als gegenwärtig in der EU.

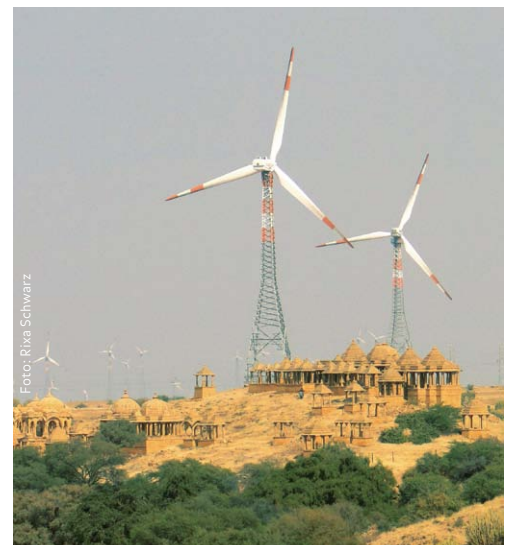
Lina Li, Greenovation Hub & Christoph Bals

Entwicklung durch Erneuerbare

Rückenwind für Erneuerbare Energien auch im Kohleland Indien

Dies könnte die Dekade der Erneuerbaren Energien in Indien werden. Die neue Regierung hat angekündigt, über die Ansätze der Vorgängerregierung hinauszugehen. Verschiedene Faktoren begünstigen diese Entwicklung: die wachsende Sorge um Energiesicherheit, Umweltaspekte und das Potenzial, diejenigen schnell mit Energie versorgen zu können, die bislang keinen Zugang dazu hatten. Zwar gab es in Indien bereits Ende der 1980er Jahre erste Investitionen in Erneuerbare Energien, vor allem in Windenergie, aber seit dem nationalen „Solarplan“ von 2007 haben sie neuen Schwung bekommen.

Derzeit machen Erneuerbare etwa 13 Prozent der Energieversorgung aus: Wind steuert 19,1 Gigawatt (GW) bei, Solar 2,7 GW, kleine Wasserkraftwerke 3,6 GW und Bioenergie 3,6 GW. Eine Reihe Regierungsinitiativen wie Einspeisetarife und steuerliche Anreize sind Teil der Rahmenbedingungen, die eine schnelle Kostensenkung begünstigt haben. Die Regierung entwirft nun auch einen nationalen „Windplan“, um das Potenzial von 102 GW Onshore-Windenergie abzuschöpfen. Sie hat zudem eine Strategie für Offshore-Windanlagen entwickelt. Um die Nutzung von Solarenergie voranzubringen, haben viele Bundesstaaten Förderpläne für Solaranlagen auf Dächern angekündigt. Außerdem hat die Regierung ein Programm zur Installation von 100.000 solarbetriebenen Bewässerungspumpen ausgerufen. Hohe Kosten für gewerblich genutzten Strom und unzuverlässige Stromnetze bei fallenden Preisen für Erneuerbare Energien bieten Unternehmen inzwischen genug Anreiz,



Erneuerbare Energien tragen mehr und mehr zur Energieversorgung Indiens bei.

in eigene Solaranlagen zu investieren. Die Industrie hat bereits Solaranlagen von 30 Megawatt (MW) installiert und der IT-Gigant Infosys plant zusätzliche 50 MW, um seinen Energiebedarf unabhängig zu decken.

Bislang war es das Ziel der Regierung, bis 2022 die Solarenergie auf 20 GW und die Windenergie auf 38,5 GW auszubauen. Studien deuten jedoch darauf hin, dass Indien bis zu 66 GW Solarenergie und 89 GW Windenergie generieren könnte, sofern die Netzkapazitäten gestärkt werden (mit Investitionen von etwa 400 Mrd. US\$) und die Kosten für Erneuerbare weiter sinken würden. Angeblich sucht die Regierung nach internationaler Unterstützung für den Netzausbau und um den angestrebten Zuwachs der Solarkapazität von 10 GW jährlich zu erreichen. Auf dem G20-Gipfel in Australien im November 2014 wurde nun eine Erhöhung des Solarziels auf insgesamt 100 GW angekündigt.

Sudhir Sharma, Climate Action Network South Asia (Übersetzung: Daniela Baum)

HABEN SIE IHR ZIEL NOCH IM BLICK?

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,
sehr geehrter Herr Vizekanzler,

vor der Kulisse Grönlands haben Sie einst den Klimaschutz zur Chefsache erklärt. Ihr Versprechen: 40 Prozent weniger Emissionen von Treibhausgasen bis 2020 in Deutschland. Dieses Ziel ist nun bedroht, denn gerade auch die schmutzigsten Kohlekraftwerke laufen zurzeit auf Hochtouren. Wir fordern Sie deshalb auf, am 3. Dezember 2014 ein Klimaschutz-Aktionsprogramm zu beschließen, das die Betreiber der Kohlekraftwerke verpflichtet, bis 2020 mindestens 50 Millionen Tonnen CO₂ zusätzlich zu mindern. Die schmutzigsten und ältesten Kohlekraftwerke sollten ganz vom Netz genommen werden. Das Erreichen der Klimaziele ist eine wichtige Voraussetzung für den Erfolg der internationalen Klimakonferenz in Paris 2015 – und ein Schritt zu mehr globaler Verantwortung Deutschlands beim Klimaschutz.



Diese Gemeinschaftsanzeige erscheint derzeit in verschiedenen Tageszeitungen und Online-Medien.

Die Menschen sind sich der Gefahr nicht bewusst

Interview mit Julio Luciano Shuan, Bürgermeister des Andendorfes Llupa in Peru

Für die Bewohner der peruanischen Andenregion tut sich ein Paradox auf: Während der Zugang zu sauberem Wasser immer schwieriger wird, steigt das Risiko durch zu viel Wasser. Durch den Klimawandel schmilzt die Schneedecke der Anden, Flutkatastro-

phen drohen. In Huaraz, einer Stadt nahe der peruanischen Gebirgskette „Cordillera Blanca“, proben die BewohnerInnen den Ernstfall. Tausende könnten einer Flut zum Opfer fallen, warnen Experten. Ein Gespräch mit Julio Luciano Shuan, Bürgermeister des Andendorfes Llupa, der sich und seine Gemeinde vor Überflutung schützen will.



Bürgermeister Luciano Shuan macht sich Sorgen um die Zukunft seines Dorfes.

Herr Luciano Shuan, an der jüngsten Evakuierungsübung in Huaraz haben nur wenige Menschen teilgenommen. Klimawandel und Flutrisiko sind für viele nicht greifbar. Warum?

Bei der Bevölkerung fehlt das Bewusstsein für diese Probleme. Die regionale Verwaltung hat hier zu wenig getan, die Menschen über das Flutrisiko aufzuklären. Dazu kommt, dass die Evakuierungsübung nur in der Stadt stattgefunden hat, nicht aber in den Dörfern, die näher an den Gletschern liegen.

Warum richten Sie als Bürgermeister Ihren Blick dennoch auf den Klimawandel und seine Folgen?

Der Klimawandel wirkt sich negativ auf die Ernten aus. Neben Frost in den Morgenstunden, nimmt auch der Hagel zu. Außerdem verschiebt sich der Beginn der Regenzeit, was gute Ernten verhindert. Insgesamt verändern sich die Wettermuster. Es müssten Wasserreservoirs gebaut werden, doch die Politiker halten ihre Versprechen nicht ein, sich darum zu kümmern.

Sehen Sie sich und Ihr Dorf akut gefährdet von Überflutungen?

Ja, besonders betroffen wären die Gebiete, die am niedrigsten liegen. Aber die Menschen sind sich der Gefahr nicht bewusst. Teile meines Dorfes wären vermutlich weniger betroffen, weil sie höher liegen. Das Hauptproblem ist, dass die Menschen die Evakuierungswege, sofern überhaupt vorhanden, nicht kennen.

Hat die Politik Schritte eingeleitet, um das Risiko nachhaltig einzudämmen?

Ich sehe nicht, dass die Regionalregierung besonders aktiv ist, das Flutrisiko einzudämmen oder überhaupt intensiv zu diskutieren. Zwar versucht die Gemeindeverwaltung des Distriktes, in dem mein Dorf liegt, kleinere Projekte anzustoßen, ein umfassendes Konzept erkenne ich derzeit aber nicht.

Wen sehen Sie hier in der Verantwortung?

Vor allem natürlich die Lokalpolitiker, also die Bürgermeister in den Dörfern und Distrikten. Aber auch Firmen, die mit ihren gefährlichen Treibhausgasen die Umwelt verschmutzen. Diese Unternehmen sollte man zur Verantwortung ziehen und dazu verpflichten, einen Beitrag zum Umweltschutz zu leisten.

Interview: Alexander El Alaoui & José Valdivia Roca (Übersetzung: Noah Walker-Crawford)



Da durch den Klimawandel die Gletscher zunehmend schmelzen, füllen sich Gletscherseen wie dieser am Fuße des Arhuay in der Cordillera Blanca.

Klimawandel in den Anden

Gletscherseen könnten ganze Landstriche überfluten und Menschenleben gefährden

Die Folgen des Klimawandels zeigen sich besonders deutlich in den peruanischen Anden. Dort haben die Gletscher der Gebirgskette „Cordillera Blanca“ in den letzten Jahrzehnten bereits einen großen Teil ihrer Fläche verloren. Die Zahl der Gletscherseen wächst deshalb stetig weiter an. In der zweiten Hälfte des zurückliegenden Jahrhunderts kamen mehr als 200 neue Seen dazu, allein 60 zwischen 1983 und 1997, sagen Forscher.

Wenn die Schneedecke der Anden schmilzt, füllen sich die Bergseen und vergrößern sich. Versagen die natürlichen Dämme, kommt es zu Überflutungen. Menschen, die in Gletschernähe leben, wären besonders betroffen. Die Stadt Huaraz war 1941 schon einmal einer Flutkatastrophe zum Opfer gefallen, als sich Eis- und Gesteinsschichten in der östlich gelegenen Gebirgskette lösten, auf den Gebirgssee Palcacocha trafen und so eine Flut auslösten – tausende Menschen starben.

Das Risiko von sogenannten Gletschersee-Ausbrüchen (Glacial Lake Outburst Floods, GLOFs) ist durch den Klimawandel drastisch

gestiegen. WissenschaftlerInnen schätzen die Lage als ernst ein. In den vergangenen Jahren gab es bereits mehrmals Grund zur Sorge. Für die Palcacocha-Lagune wurde der Notstand ausgerufen. Sie müsste eigentlich abgepumpt werden oder es müssten zumindest Dämme stabilisiert oder neu errichtet werden.

Kommt es zu einem Gletschersee-Ausbruch, bleibt der Bevölkerung nur wenig Zeit, sich zu retten. Eine Flut würde die Stadt Huaraz in weniger als 20 Minuten erreichen, noch weniger Zeit bleibt den BewohnerInnen der näher gelegenen Andendörfer. Frühwarnsysteme und Notfallpläne sind in den Dörfern oft nicht vorhanden. Die in diesen Regionen lebende, meist arme Bevölkerung ist daher besonders gefährdet.

Um das Risiko einzudämmen, müssten Experten zufolge die Gebirgsseen baulich verändert werden. Das ist zeit- und kostenintensiv. Neben dem politischen Willen, fehlen hierzu auch die finanziellen Ressourcen.

Alexander El Alaoui

Wir müssen – und können – an die Kohle ran

Interview mit Dr. Cornelia Ziehm, Rechtsanwältin für Energie- und Klimarecht

Deutschland verfeuert so viel Kohle wie lange nicht mehr und stößt damit mehr klimaschädliches Kohlendioxid aus. Was kann Deutschland tun, um den Trend umzukehren und das in der Koalitionsvereinbarung festgelegte Klimaziel zu erreichen?

Deutschland muss die Kohleverstromung deutlich reduzieren. Dafür können auf nationaler Ebene ordnungsrechtliche Vorgaben für den Betrieb von fossilen Kraftwerken festgelegt werden – ergänzend zum europäischen Emissionshandelssystem. Es gibt europarechtlich weder einen zwingenden Ausschluss nationaler ordnungsrechtlicher Instrumente noch einen Vorrang des Emissionshandels vor solchen Maßnahmen.

Da der Emissionshandel erkennbar keinerlei Lenkungswirkung hin zu klimaverträglicheren Energieträgern entfaltet und nationale Klimaschutzziele gefährdet, haben die Mitgliedstaaten vielmehr nach europäischem Primärrecht die Möglichkeit, wenn nicht sogar die Pflicht zum ordnungsrechtlichen Handeln.

Die gegenwärtig im deutschen Bundesimmissionschutzgesetz vorgesehene so genannte Sperr-

klausel, die Ordnungsrecht für Anlagen, die am Emissionshandel teilnehmen, ausschließt, ist unionsrechtlich keineswegs zwingend. Gibt es neue, für den Schutz von Leben und Gesundheit der Bevölkerung sowie den Schutz der Umwelt relevante Erkenntnisse und Ziele, kann bzw. muss der Gesetzgeber seine bisherigen Regelungen zur Nutzung fossiler Energieträger überprüfen und gegebenenfalls revidieren. Der Anlagenbetreiber hat keine Garantie dafür, dass er eine Anlage immer so betreiben kann, wie sie genehmigt wurde. Insofern gelten nicht zuletzt auch die Erwägungen, die im Rahmen der Atomausstiegsbeschlüsse 2002 und 2011 angestellt und schließlich umgesetzt wurden, entsprechend.

Konkret in Betracht kommen insbesondere nationale CO₂-Emissionsstandards in Form von spezifischen CO₂-Grenzwerten oder maximal zulässigen CO₂-Jahresfrachten. Möglich wäre auch eine Kombination: spezifische CO₂-Grenzwerte für Neuanlagen, CO₂-Jahresfrachten für Bestandsanlagen.



Staatliche Verordnungen sehen viele Unternehmen kritisch. Warum kann man die Klimapolitik nicht dem Europäischen Emissionshandel alleine überlassen?

Der Emissionshandel in gegenwärtiger Form ist unwirksam. Er entfaltet nicht die notwendige Lenkungswirkung hin zu klimafreundlichen Technologien. Aktuell liegt der Preis für ein Zertifikat zwischen fünf und sieben Euro pro Tonne CO₂ und mithin weit entfernt von einem Preis von mehr als 40 Euro pro Tonne CO₂, der für den Wechsel des Brennstoffs erforderlich wäre. Im Übrigen ist pauschale Kritik am Ordnungsrecht nicht berechtigt. In der Vergangenheit waren Umweltpolitik und -recht dann erfolgreich, wenn es klare, verbindliche und justiziable Regelungen gab, die gleichzeitig den Anlagenbetreibern Planungs- und Investitionssicherheit vermittelten.

Untergräbt Ordnungsrecht nicht den Emissionshandel?

Nein. Zum einen enthält das Emissionshandelssystem selbst bereits an mehreren Stellen ordnungsrechtliche Elemente. Zum anderen spricht vieles dafür, dass die Einführung von Ordnungsrecht in Deutschland den politischen Ansätzen, den EU-Emissionshandel zu reformieren, Dynamik verleihen würde. Ein ordnungsrechtlicher Ansatz kann Druck in Richtung eines funktionierenden EU-Emissionshandels ausüben und geplanten Reformmaßnahmen das notwendige politische Gewicht verleihen. Das Ordnungsrecht würde dann sogar umgekehrt das Emissionshandelsregime stützen. Um diese Wechselwirkung deutlich zu machen, ließe sich das Ordnungsrecht grundsätzlich zum Beispiel so ausgestalten, dass es „ausgesetzt“ würde, wenn künftig bestimmte CO₂-Preise überschritten werden würden.

Dr. Cornelia Ziehm untersuchte im Auftrag von Germanwatch zuletzt die europä- und ordnungsrechtlichen Möglichkeiten, die Kohleverstromung so zu begrenzen, dass das deutsche Klimaziel (40 Prozent bis 2020) erreicht werden kann. Das Gutachten finden Sie unter: www.germanwatch.org/9452.

Interview: Tobias Pforte-von Randow

- Termine
- **München, 05.12.14:** Runder Tisch Bayern: Sozial- und Umweltstandards bei Unternehmen, u. a. mit Julia Otten.
Weitere Infos: www.germanwatch.org/de/9325

■ **Hamburg, 05.12.14 und 12.12.14:** Aufführung „Welt-Klimakonferenz“ vom Künstlerkollektiv Rimini Protokoll, u. a. mit Klaus Milke und Christoph Bals.
Weitere Infos: www.germanwatch.org/de/9378

■ **Bonn, 17.12.14:** Vortrag „Neue globale Dynamik? Ergebnisse der UN-Klimakonferenz in Peru“ von Stefan Rostock.
Weitere Infos: www.germanwatch.org/de/9388

Wer wir sind – was wir wollen

Ziele von Germanwatch

Germanwatch ist eine gemeinnützige und unabhängige Umwelt- und Entwicklungsorganisation. Wir engagieren uns seit 1991 für globale Gerechtigkeit und den Erhalt der Lebensgrundlagen. Klimaschutz und Anpassung, Welternährung, Unternehmensverantwortung, Bildung für Nachhaltige Entwicklung sowie Finanzierung für Klima und Entwicklung / Ernährung sind unsere Themen.

Bei unseren Tätigkeiten konzentrieren wir uns auf die Politik und Wirtschaft des Nordens mit ihren weltweiten Auswirkungen. Die Lage der besonders benachteiligten Menschen im Süden bildet den Ausgangspunkt unserer Arbeit. Gemeinsam mit unseren Mitgliedern und Förderern und mit anderen Akteuren der Zivilgesellschaft wollen wir eine starke Lobby für eine nachhaltige Entwicklung sein.

Gezielter Dialog mit Politik und Wirtschaft, wissenschaftsbasierte Analysen, Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit sowie Kampagnen sind zentrale Elemente unserer Arbeitsweise. Dabei sind wir mit Organisationen sowie Einzelpersonen aus dem Süden und mit Entwicklungs- und Umweltorganisationen weltweit eng vernetzt.

Germanwatch lebt von der Unterstützung seiner Mitglieder und Förderer. Machen Sie mit! Vielen Dank!

Kontakt
Berlin: Germanwatch e.V., Stresemannstr. 72, 10963 Berlin
Tel. (030) 2888 356-0, Fax (030) 2888 356-1

Bonn: Germanwatch e.V., Kaiserstr. 201, 53113 Bonn
Tel. (0228) 604 92-0, Fax (0228) 604 92-19

Internet: www.germanwatch.org, E-Mail: info@germanwatch.org

Spenden
Bank für Sozialwirtschaft Berlin
IBAN: DE33 1002 0500 0003 2123 00
BIC / Swift: BFSWDE33BER

Impressum
Herausgeber: Germanwatch e.V., Redaktion: Dörte Bernhardt (V.i.S.d.P.), Daniela Baum, Gerold Kier, Klaus Milke, Stand: November 2014. Layout: Dietmar Putscher, Köln. Auflage 100.000.

Gedruckt auf Recyclingpapier mit umweltfreundlichen Druckfarben auf Basis nachwachsender Rohstoffe.

Gefördert vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt bei Germanwatch.



Abos und neue Germanwatch-Publikationen

- ☐ Kostenloses Abo: Die Germanwatch-Zeitung „Weitblick“ per Post (vierteljährlich). www.germanwatch.org/de/weitblick
- ☐ Kostenloses Abo: E-Mail-Newsletter Germanwatch-Kurznachrichten (alle sechs Wochen) www.germanwatch.org/de/abos-bestellen
- ☐ Kostenloses Abo: E-Mail-Newsletter Klimakompakt (1 bis 2 Aussendungen pro Monat), mit aktuellen Berichten zum Klimaschutz. www.germanwatch.org/de/klimakompakt
- ☐ _____ Exemplare dieser Zeitungsausgabe. Kostenlos. www.germanwatch.org/de/weitblick
- ➔ Kurzstudie: Klima oder Kohle? Reduktion des Kohlestroms zur Erreichung des deutschen 40 %-Klimaschutzziels bis 2020. Nur als Download. www.germanwatch.org/de/9435
- ☐ Hintergrundpapier: Die Rettung des Planeten kostet nicht die Welt. 5 Euro. www.germanwatch.org/de/8666
- ☐ Hintergrundpapier: Moralische Dimensionen der Folgen des Klimawandels wissenschaftlich beleuchtet. 5 Euro. www.germanwatch.org/de/8666
- ☐ Booklet: Climate Change from above. Approaching Climate Change from an outer space perspective. 5 Euro. www.germanwatch.org/de/8198
- ☐ DVD: Climate Change from above. Worksheets, personal stories, short films, posters and many other material on climate change. Kostenlos. www.germanwatch.org/de/8833
- ➔ Studie: Klimafreundlicher Verkehr in Deutschland. Weichenstellungen bis 2050. Nur als Download: www.germanwatch.org/de/8738
- ☐ Bericht 2014: Globales Wirtschaften und Menschenrechte – Deutschland auf dem Prüfstand. Kostenlos. www.germanwatch.org/de/8225

Die oben aufgeführten Publikationen können Sie im Internet kostenlos herunterladen oder zum angegebenen Preis bestellen, zzgl. 2 Euro Versandkostenpauschale. Mitglieder, Förderer und Zustifter der Stiftung Zukunftsfähigkeit erhalten die Publikationen zum halben Preis.

Der Versand erfolgt gegen Rechnung, alternativ bitte den fälligen Betrag in Briefmarken beilegen. Bestellung: versand@germanwatch.org, Tel. (0228) 60492-0, Fax (0228) 60492-19, oder per Post an Germanwatch e.V., Kaiserstr. 201, 53113 Bonn.

Name, Vorname

Evtl. Organisation/Firma

Straße, Nr.

PLZ, Ort

Tel./Fax

E-Mail

Internationale Klimaschutzinitiativen: Ehrgeizigerer Klimaschutz oder PR-Gag?

Die bislang vorliegenden Klimaschutzziele reichen nicht aus, um den Klimawandel auf unter zwei Grad zu begrenzen. Deswegen wird international nach Möglichkeiten gesucht, neuen Schwung in den Klimaschutz zu bringen und zusätzliche Emissionsreduktionen zu erreichen. Eine Möglichkeit sind kleinere internationale Allianzen, die sich einzelner klimarelevanter Themen annehmen. Im Unterschied zu den UN-Klimaverhandlungen, bei denen 195 Länder nach Einigungen ringen, kommen in Allianzen viel kleinere Gruppen von Akteuren zusammen. Häufig sind dabei nicht nur nationale Regierungen beteiligt. Städte und Regionen, Unternehmen und zivilgesellschaftliche Gruppen können ebenfalls Partner sein. In diesen Konstellationen sollen neue Lösungen möglich sein, die über das hinausgehen, was in multilateralen Verhandlungen gerade erreichbar scheint.

Und tatsächlich erblickt man überall neue „Allianzen“, „Partnerschaften“, „Koalitionen“, „Clubs“ und „Initiativen“, die sich mehr Klimaschutz auf die Fahnen geschrieben haben. Auch beim Klimagipfel des UN-Generalsekretärs in New York im September wurden neue Initiativen angekündigt. Und bei der Klimakonferenz in Lima ist die Frage, wie zusätzlicher Klimaschutz kurzfristig – also vor 2020 – zu erreichen ist, einer der Schwerpunkte.

Doch tragen alle diese Initiativen und Allianzen tatsächlich zu zusätzlichem Klimaschutz bei, um das Zwei-Grad-Limit einzuhalten? Vermutlich ist die Antwort meist „Nein“. Da sind zunächst die Initiativen, die allein dem Erfahrungsaustausch oder dem politischen Dialog dienen. Damit leisten sie zwar einen wichtigen Beitrag für die internationale Klimapolitik – aber nicht unbedingt zu zusätzlichen CO₂-Reduktionen. In anderen Fällen wird zweifelhaften Initiativen ein grüner Anstrich verpasst. Hinter der „Global Alliance for Climate Smart Agriculture“ etwa verbergen sich auch fragwürdige Technologien und Partner aus dem Privatssektor, die an einer industrialisierten Landwirtschaft interessiert sind, die das Gegenteil von nachhaltig ist. Dazu kommen vermeintlich neue Initiativen, die alte Ankündigungen nur neu verpacken. Und selbst bei den Initiativen, deren Ankündigungen neu und sinnvoll sind, fehlen oft die Verfahren, um zu überprüfen, ob sie irgendetwas davon umsetzen.

Die Spreu vom Weizen trennen

Wenn solche PR-Initiativen den Eindruck vermitteln, das durch sie nun endlich genug im Klimaschutz geschehe, dann sind sie eine gefährliche Ablenkung. Der Öffentlichkeit wird suggeriert, das Problem sei gelöst und die politische Aufmerksamkeit zerstreut sich auf hundert Initiativen.

Dennoch bleibt es richtig, dass gut gestaltete und ehrgeizige Allianzen notwendig sind für eine Aufwärtsspirale im Klimaschutz. Es kommt also darauf an, die erfolgversprechenden Allianzen vom Rest zu unterscheiden. Aus Sicht von Germanwatch sollten Allianzen folgende Fragen überzeugend beantworten können:

- Was sind Vision und Ziel der Allianz? Sind sie kompatibel mit dem Zwei-Grad-Limit?
- Wozu müssen sich die Mitglieder verpflichten, um dabei zu sein?
- Welchen Nutzen bringt eine Mitgliedschaft? Welche Unterstützung gibt es besonders für die Mitglieder, die keine Vorreiter sind, es aber werden möchten?
- Welche Institutionen stellen Kontinuität sicher?
- Quantifiziert die Allianz ihren Klimaschutzbeitrag und berichtet regelmäßig darüber?

Diejenigen Allianzen, die auf diese Fragen überzeugende Antworten geben, sollten in den UN-Klimaverhandlungen offiziell anerkannt werden. Das kann ihnen zusätzliche Sichtbarkeit verschaffen und damit weitere Akteure zum Beitritt oder zur Nachahmung motivieren. Außerdem kann eine Anbindung an die Klimarahmenkonvention mit regelmäßigen Berichten Transparenz herstellen und somit mehr Klarheit schaffen, was Allianzen wirklich leisten.

Lutz Weischer

Grüner Klimafonds: Ein ermutigender Auftakt

Bereits 2010 haben Industrieländer zugesagt, ab 2020 jährlich 100 Milliarden US-Dollar aus öffentlichen und privaten Quellen zu mobilisieren, um Klimaschutz und Anpassung an Klimafolgen in Entwicklungsländern zu unterstützen. Der Grüne Klimafonds (GCF) wurde zeitgleich als wichtigster Baustein der neuen Finanzarchitektur errichtet.

Seitdem hat der neue multilaterale Fonds viel Aufbauarbeit geleistet und ist nun bereit, Beiträge zu verwalten und mit der Programmierung von Geldern für Maßnahmen

in Entwicklungsländern zu beginnen. Am 20. November fand in Berlin die Geberkonferenz für die erste Auffüllung des Fonds statt. Insgesamt wurden dabei 9,3 Mrd. US-Dollar zugesagt. Die Bundesregierung hatte bereits im Juli einen Beitrag von 750 Mio. Euro angekündigt und damit Maßstäbe gesetzt. Am ambitioniertesten war der Beitrag Schwedens mit 4 Mrd. Kronen (rund 430 Mio. €). Würde Deutschland denselben Beitrag pro Kopf beisteuern, wären das 3,6 Mrd. Euro! Auch Entwicklungsländer wie Mexiko, Panama oder die Mongolei haben eigene Zusagen gemacht, während von ei-

nigen Industrieländern noch keine Zusagen (Australien, Russland) oder nur grundsätzliche Absichtserklärungen (Polen, Kanada) vorliegen.

Beim Klimagipfel in Lima können sie noch nachlegen und so die symbolische Schwelle von 10 Milliarden Dollar überschreiten. Dies würde ein wichtiges politisches Signal senden und die Bereitschaft für ernsthafte Verhandlungen der Entwicklungs- und Schwellenländer positiv beeinflussen.

David Eckstein & Lutz Weischer

Globale Entwicklungsziele für alle – auch die reichen Industrieländer

Im September 2015 sollen die Vereinten Nationen in New York eine neue Agenda mit globalen Entwicklungszielen (Sustainable Development Goals – SDGs) für den Zeitraum ab 2015 beschließen. Diese baut auf dem bisherigen Prozess der Millenniumsziele zur Armutsbekämpfung (engl. MDGs) auf, die von 2000 bis 2015 entscheidend nationale Politiken in Entwicklungsländern sowie Entwicklungspolitiken und -finanzierung durch die Industrieländer geprägt haben.

Dabei sind die Länder noch fern davon, die MDGs komplett zu erreichen. Auch seitens Deutschlands stagnieren die Mittel der Entwicklungszusammenarbeit und entsprechen nur etwa der Hälfte der immer wieder versprochenen 0,7 Prozent der Wirtschaftsleistung. Vereinbart die Staatengemeinschaft jetzt neue Entwicklungsziele, muss es erste Priorität sein, zunächst die MDGs vollständig zu erreichen.

Beim Post-2015-Prozess handelt es sich jedoch um mehr als eine Fortführung der Millenniumsziele. Vielmehr geht es darum, eine Entwicklung herbeizuführen, die die planetaren Grenzen – wie Klimawandel, Biodiversitätsverlust, Ressourcenverbrauch – beachtet. Damit weitet sich der Fokus von einer Agenda der Armutsbekämpfung und Unterstützung für arme Länder zur Verantwortung auch von Industrie- und Schwellenländern und der wachsenden globalen Mittelschicht.

Schlüsselthema Klimawandel

Diese Dynamik spiegelt sich auch in den bisherigen Verhandlungen im Rahmen einer offenen Arbeitsgruppe zu den SDGs wider. Bisher konnten sich Diplomaten und andere Akteure in New York auf einen vorläufigen Zielkatalog von 17 Hauptzielen einigen, der zu Umweltthemen Bereiche wie Energie, nachhaltigen Konsum, Biodiversität und marine Ressourcen umfasst. Das Thema Klimawandel findet sich dort auch als Ziel wieder. Doch hier bremsen Schwellenländer wie Industrieländer, konkret z. B. Brasilien und Großbritannien, die Debatte insgesamt verkürzen wollen. Klar ist jedoch, dass ungebremster Ressourcenverbrauch und Klimawandel eine noch so ambitionierte Agenda für Armutsminderung zunichte machen. Die Ergebnisse des Weltklimarats IPCC zeigen, dass der Klimawandel es zunehmend erschwert, soziale SDG-Ziele wie Ernährungssicherung, Gesundheitsversorgung und sauberes Wasser zu erreichen. Weltbankpräsident Jim Yong Kim hat daher Recht, wenn er sagt: „Wenn wir den Klimawandel nicht bekämpfen, werden wir die Armut nicht beenden.“

SDGs für Deutschland

Die Bundesregierung gehört bislang zu den ambitionierten Verhandlern in New York. Deutschland hat aber auch mit einem Ressourcenverbrauch, der hochgerechnet auf die Weltbevölkerung mehr als 2,5 Erden benötigen würde, eine direkte Verantwortung. Darüber hinaus kommt ihm als Industrieland eine systemische Verantwortung als Rollenbild für andere Industrie- und Schwellenländer zu: Wird die Energiewende z. B. national ausgebremst, werden andere Länder den notwendigen Schritt zur Transformation der Energiesysteme gar nicht erst versuchen. Deshalb sollte ausführlich über die Inhalte der SDGs und deren Umsetzung in Deutschland beraten werden. Auch sollte dies mit der für 2016 geplanten Neuaufnahme der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie zusammengeführt werden. Diese Themen bringt Germanwatch im Rahmen seiner Mitgliedschaft in der deutschen Wissens- und Wissensplattform Sustainable Development Solution Network (SDSN-Germany) voran.

Sönke Kreft & Klaus Milke

Unterstützen auch Sie die unabhängige Arbeit von Germanwatch. Werden Sie Mitglied!

Anmeldemöglichkeit und weitere Infos:
www.germanwatch.org/aktiv/mitglied